



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

🔍: Politische Briefe : 10. Der Umschwung im deutschen Volke.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von 615 401 031 Dollars. Vor solchen Summen verschwindet das National-Budget und mit Bezug auf die erste Summe sogar die National-Schuld. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der ganze Apparat dieser colossalen Macht in wenigen Händen ruht." Die Brutto- und Netto-Einnahmen der Eisenbahnen beweisen, daß dieselben fortfahren, ausgezeichnete Geschäfte zu machen. Eine natürliche Folge davon müßte sein, daß die Frachten erheblich billiger würden. Es läßt sich nun auch wohl nicht leugnen, daß sie im allgemeinen billiger geworden sind; aber man ist in Amerika doch entschieden der Ansicht, daß die Frachtraten nach den Grundsätzen eines soliden und ehrlichen Transport-Geschäfts noch niedriger bemessen werden könnten.

Schließlich noch die Bemerkung, daß das Attentat vom 2. Juli d. J. möglicherweise auf das corrupte Aemterwesen in der nordamerikanischen Union einen wohlthätigen Einfluß ausüben wird. Nicht nur die einzelnen Cabinet-Mitglieder haben diesen Gegenstand einer reiflichen Berathung unterzogen, sondern auch im Volke beschäftigt man sich sehr eifrig damit, indem eine ganze Anzahl von Civil-dienstreform-Gesellschaften gegründet worden ist, deren Aufgabe es ist, die Agitation in dieser Frage fortzusetzen und zugleich Mittel und Wege zu ihrer Lösung vorzuschlagen. Einen wirklichen und zwar möglichst baldigen Erfolg dürfte diese Agitation freilich nur in dem Falle haben, daß der Präsident Garfield am Leben erhalten bleibt. Wenn Guiteaus Verbrechen that dem Leben Garfields ein vorzeitiges Ende setzt, so ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß mit dem Einzuge des jetzigen Vicepräsidenten Arthur in das „Weiße Haus“ eine gründliche Reform des Civildienstes beginnen würde. Das Gerücht aber, Arthur sei geneigt, nach dem etwaigen Hinscheiden Garfields auf die Uebernahme der Präsidentschaft zu verzichten, erscheint vollständig unbegründet und hat bis jetzt nicht die geringste Befähigung erhalten.



Politische Briefe.

10. Der Umschwung im deutschen Volke.



S sind fast zwei Jahre — November 1879 —, daß Heinrich von Treitschke in den „Preussischen Jahrbüchern“ folgende Worte schrieb: „Wer die letzten Monate im Ausland verlebte und nun plötzlich wieder eintritt in die stürmische deutsche Welt, der erschrickt fast vor diesem Erwachen des Volksgewissens, vor diesen tausend Stimmen, die sich untereinander entschuldigen oder verklagen. Der Hergang ist um so erstaunlicher, da er sich fast ganz unabhängig von der Presse vollzieht; denn noch nie sind unsre Zeitungen so wenig ein Spiegelbild der öffentlichen Meinung gewesen. Wenn man die Mehrzahl der deutschen Blätter durchmustert, so sollte man meinen, die liberalen Wunschzettel der sechziger Jahre und der naive Glaube an die unfehlbare Macht der »Bildung« beherrschten noch immer unser Volk.“

Auch heute und mehr noch als vor zwei Jahren kam, wer „plötzlich wieder eintritt in die stürmische deutsche Welt,“ sich des Schreckens nicht erwehren; aber der Schrecken wird nicht wie damals hervorgerufen durch das, was unter der Oberfläche der Tagesbewegung vorgeht, sondern durch den sturmzerrissenen Anblick dieser Oberfläche selbst, auf welche nun alles emporgestiegen ist, was Treitschke vor zwei Jahren in der Tiefe wahrnahm. Es ist in der That mehr als oberflächlich, diesen Sturm zurückzuführen auf die Manöver der preußisch-deutschen Regierungspresse, wie es die „Nationalzeitung“ noch am 3. August versucht hat in einem Artikel, welcher davon ausging, daß Deutschland noch niemals eine so „wüste und häßliche Wahlbewegung“ wie die gegenwärtige erlebt habe, als deren Hauptzug die Verdrängung der sachlichen durch die persönliche Polemik angegeben war. Die Schuld an diesem „überaus beschämenden Schauspiel“ ward von der „Nationalzeitung“ wesentlich auf die Regierung gewälzt. Weil diese kein sachliches Programm habe und nicht haben könne, da das persönliche Regiment sich immer schärfer zuspitze, was so viel heißen sollte, als immer mehr Selbstzweck werde, habe der Wahlkampf kein Ziel als diejenigen niederzuwerfen, welche nicht das persönliche Regiment des Kanzlers wollten. So nicht die Worte, aber der genaue Sinn dessen, was die „Nationalzeitung“ am 3. August ausführte.

In der That erweckt dieser Wahlkampf den Anschein eines Kampfes gegen Männer und nicht für Maßregeln. Entspricht der Anschein der Sache? Und wenn nicht, woher kommt dieser Anschein? — Um auf diese Frage die Antwort zu finden, müssen wir die Vorfrage stellen: Ist es wirklich die Regierung gewesen, welche in den gegenwärtigen Wahlkampf das persönliche Element getragen hat, das in demselben sich so breit macht, wenn die Triebfedern desselben mit diesem Element auch keineswegs erschöpft sind? Gibt es wirklich einen ehrlichen Mann, der diese letzte Frage bejahen und einem ehrlichen Mann dabei ins Auge sehen kann?

Im Späthommer 1879, gleich nachdem im Reichstage die Reform des Zolltarifs durchgekämpft worden war, wurde von der Fortschrittspartei die Losung auszugeben versucht: „Der Reichskanzler, Fürst Bismarck, muß fort von seinem Plage!“ Diese Losung wurde jedoch innerhalb der Fortschrittspartei selbst, von der „Kieser Zeitung“ namentlich, zurückgewiesen und von dem radikalen Theile der Partei nicht aufrecht gehalten, weil die Anzeichen einer allgemeinen Mißbilligung hervortraten. So errang die Fortschrittspartei bei den preussischen Landtagswahlen von 1879 nicht nur keine neuen Sitze, sondern sie verlor deren 29, die Conservativen aber gewannen 88 Sitze und erreichten eine Gesamtzahl von 165 Mandaten. Im März 1880 erfolgten jene englischen Wahlen, bei denen unter Gladstones Führung die verbündeten Whigs, Neuliberalen und Radikalen eine unerwartete Mehrheit gewannen und das Ministerium Beaconsfield zum Rücktritt nöthigten. Jetzt gab der deutsche Fortschritt, vor allen sein rühmrigstes Mitglied Herr Eugen Richter, unermüdet die Losung aus, diese englischen Wahlen müßten das Vorbild der 1881 bevorstehenden Neuwahlen zum Grenzboten III. 1881.

deutschen Reichstag sein. Richter begann unverzüglich seine Agitation, die Losung „Fort mit Bismarck“ wurde zwar nicht mehr überall, wurde nirgends mehr so unverblümt bei wie dem plumpen Anfang von 1879 ausgegeben, aber sie blieb das Grundthema aller fortschrittlichen Agitation. Auch wo der Name des Reichskanzlers, was übrigens nur selten vermieden werden konnte, nicht als der des zu bekämpfenden Feindes sofort und allein genannt wurde, war das Grundthema immer deutlich herauszuhören. Dem — dies möge der Leser wohl beachten — so sehr man die Schädlichkeit der Reformpläne des Kanzlers ausmalte und sich zu diesem Zweck in ungeheuerlichen Uebertreibungen erging, die Hauptangriffswaffe lag doch immer in der Behauptung, alle diese Reformen sollten nur der persönlichen Macht des Kanzlers, der Herabdrückung der Volksvertretung u. s. w. dienen. Die Fortschrittspartei bot alles auf, dem Volke den Kern der Frage zu verdunkeln. Es wurde immer so gethan, als könne man mit den bisherigen Mitteln der Finanzpolitik fortwirthschaften, den Anforderungen der Zukunft genügen und die Existenz des Reiches sicher stellen. Wenn die nicht mehr wegzuleugnenden Deficits diese Behauptung Lügen strafen, so wurde das alte lahme Paradepferd der Ersparniß an den Militärausgaben als das Roß vorgeführt, auf dem uns die Fortschrittspartei, sobald es ihr nur gelungen sein werde, in den Sattel zu kommen, in den Zustand sonder Beschwerden und Steuerdruck tragen werde.

Wie verhielt sich nun zu dieser doch wirklich persönlichen und nicht sachlichen Bekämpfung des Reichskanzlers der übrige Liberalismus, der sich bis vor einem Jahre noch in der nationalliberalen Partei vereinigt fand? Auch hier wurde die Finanzreform von Anfang an weniger unter dem Gesichtspunkte ihrer sachlichen Nothwendigkeit angesehen, als nach ihrer etwaigen Wirkung auf das Verhältniß zwischen Parlamentsmacht und Regierungsmacht. Daher spielte so gleich die Frage der sogenannten constitutionellen Garantien die größte Rolle. Diese Rolle begann schon Ende des Jahres 1877, als Fürst Bismarck dem Herrn v. Bennigsen in Varzin das preußische Finanzministerium und die deutsche Vicekanzlerschaft angeboten hatte. Herrn v. Bennigsen wurden diese Garantien als von ihm zu stellende Bedingungen seines Eintritts in die Reichs- und Staatsgeschäfte von den einflußreichen unter seinen damaligen Parteigenossen aufgenöthigt, gleichviel auf welche Namen diese Verantwortung fällt. Es ist dem deutschen Liberalismus, auch denjenigen seiner Elemente, die national fühlten und staatsmännisch handeln wollten, zum Verhängniß geworden, daß sie sich nicht losmachen konnten von dem Wahn, die Macht eines Parlaments ruhe in seinen formalen Rechten, und die Hauptaufgabe des Liberalismus sei, den deutschen Reichstag mittelst formaler Rechte die Macht des englischen Parlaments zu erringen. Daß, die Wichtigkeit dieses Zieles und Weges vorausgesetzt, die Garantie einer nationalen Mehrheit des Reichstags die noch weit unerläßlichere Aufgabe sei, ist dem deutschen Liberalismus, auch dem aufrichtig national gesinnten,

niemals eingefallen. Diese unbegreifliche Lücke des politischen Denkens und Handelns allein würde ausreichen, das Schicksal zu erklären, welches den Liberalismus heute ereilen zu wollen scheint. Es lag in dem Verhalten auch der bestgesinnten Liberalen dem Kanzler gegenüber ein unbegreifliches Element persönlichen Argwohns. Konnte man dem Kanzler zutrauen, daß er als der erste Beamte eines Reiches von solcher Ausstattung mit Geldmitteln, wie sie dieses Reich erst zu einer in sich selbst beruhenden, d. h. wirklichen Macht erheben konnten, mit diesen Mitteln in wahnwitziger Laune zum Verderb seiner eignen Schöpfung schalten werde? Oder konnte man daran denken, daß er zum Erben dieser Geldmittel, nachdem der Reichstag sie unter des Kanzlers Anleitung in großem und wohlthätigem Sinne angewendet, einen grillenhaften Absolutismus machen wolle? Welchen Grund hatte man wohl, bei den offenkundigsten personellen Verhältnissen das Spiel mit einem solchen Absolutismus zu fürchten? Wie konnte man denken, daß bei noch so mangelhafter Feststellung der formalen Rechte — welche aber keineswegs stattfindet — in der Schöpfung des deutschen Reichs eine wirklich isolirte Willkür als Princip der Regierung sich jemals behaupten könne? In diesem Reich, das, von äußern und innern Gefahren umgeben, auch bei der reichsten Ausstattung mit Geld und andern Machtmitteln für die Regierung, doch ganz und gar gestellt ist auf die nie erlahmende Mitarbeit des einseitigsten und kräftigsten Theiles der Nation! Der Liberalismus hatte sich gewöhnt, seine überredeten Gläubigen und seine gewohnheitsmäßigen Anhänger stets für diesen Theil der Nation zu halten, und zog daraus den Fehlschluß, daß er, der doch das Parlament nicht und noch weniger die Wähler beherrschte, die Regierung dem Parlament unterwerfen müsse, um seinerseits die Regierung zu beherrschen.

Alle diese Irrungen hatten aber doch noch nicht zum Bruch zwischen dem Kanzler und dem nationalen Liberalismus geführt. Weil dieser Bruch sich nimmermehr vollziehen zu wollen schien, verlor endlich der die liberale Doctrin mehr als den nationalen Instinkt bevorzugende Theil der national-liberalen Partei die Geduld und trat am 31. August 1880 mit jener bekannten Erklärung hervor, deren Mittelpunkt in dem Satze lag: Die fortschreitende Entwicklung der deutschen Einheit könne nur aus der Wirksamkeit eines wahrhaft constitutionellen Systems hervorgehen. Das hieß also: die wechselnden Majoritäten des Parlaments müssen die Fortbildung der deutschen Einheit in die Hand nehmen an Stelle des Schöpfers derselben, der die weitere Berufung zur Thätigkeit an seinem eignen Werke von diesen Majoritäten zu erwarten hat. Alle diese Anführungen beweisen unwiderleglich das eine, daß der Liberalismus mehr und mehr eine Gegenstellung gegen den Kanzler annahm, daß er als Ziel dieser Stellung ausdrücklich den Uebergang der politischen Leitung vom Kanzler auf das Parlament, das heißt, nach der allerdings willkürlichen Voraussetzung, auf den Liberalismus proclamirte.

Der Liberalismus also, d. h. nicht verstanden als weltgeschichtliches Princip, sondern als der concrete Inbegriff seiner derzeitigen Vorkämpfer in Deutschland, hat in das politische Leben des deutschen Volkes das persönliche Element gebracht. Denn er hat aufgehört, an die Vorschläge des Kanzlers den reinen

Maßstab des sachlichen Werthes und der sachlichen Nothwendigkeit zu legen, und hat diesen Maßstab mit dem andern vertauscht, ob durch die eingebrachten Maßregeln die persönliche Macht des Kanzlers erhöht werde, ob es nicht nothwendig sei, auf die Erhöhung der Macht des Liberalismus, d. h. des Inbegriffs der seine Führung zur Zeit bildenden Personen, Bedacht zu nehmen.

Nachdem die Frage einmal so gestellt worden, nachdem der sachlichen Behandlung der politischen Aufgaben durch diese Fragestellung einmal Gewalt angethan worden, wird es einem objectiven Beobachter nicht Wunder nehmen, daß nunmehr auch derjenige Theil, der sich persönlich, nicht sachlich behandelt sah, die Gegner als Personen faßte. Bisher war der Liberalismus auf der politischen Bühne einhergegangen wie der Chor des antiken Dramas, in dem die Personen verschwinden: als öffentliche Meinung, als Stimme des Volkes, dem Gerechtigkeit und Weisheit beiwohnt, durch das Gott spricht, oder bescheidener und doch in Wahrheit anspruchsvoller, als deutsches Bürgerthum, das heißt als Inbegriff der besten und tüchtigsten Volkskraft. Fürst Bismarck aber — in dieser Fähigkeit liegt ein nicht geringer Theil seiner Erfolge — ist ein starker Analytiker. Als der Liberalismus ihm nicht mehr beistehen, sondern ihn ersetzen wollte, begann er den Liberalismus zu analysiren, und es war wahrlich nicht schwer, die persönliche Zusammensetzung dieses unpersönlich so gewichtig auftretenden Chores herauszufinden. Bereits legt sich alle Welt auf diese Analyse, und das ist „die wüste und häßliche Wahlbewegung,“ von welcher der Liberalismus so betroffen ist, betroffen, weil er plötzlich ohne die symbolischen Gewänder in der Alltagsgestalt aller Welt sich zeigen muß. Denn in ganz überraschendem Maße hat die Zahl derer zugenommen, welche den Dingen wie den Personen auf den Grund sehen, welche sich nicht länger weder durch Floskeln noch durch usurpirte Symbole täuschen lassen wollen.

So ist es denn auch gekommen, daß plötzlich die Frage zwischen Monarchie und Republik wieder auf der Tagesordnung des deutschen Lebens erschienen ist, obgleich es kein Land giebt, wo diese Frage weniger praktischen Ernst hat. Demungeachtet ist es nichts weniger als Willkür und Perfidie, wie der Liberalismus meint, daß diese Frage wieder zur Erörterung gestellt ist. Als die Monarchie sich vor nunmehr bald zwei Jahrzehnten mit dem lange unterdrückten, der Verzweiflung und dem Stumpfsein nahen Nationalinstinkt verband, diesen Instinkt zu freudigem Leben erweckte und ihm die größten Erfolge verschaffte, da war von einem Dualismus zwischen Monarchie und Nation nicht die Rede, die Nation fühlte wie Sphigie „folgsam sich am schönsten frei.“ Nun glaubt der Liberalismus zu bemerken, daß die Monarchie Bahnen einschlage, welche ihm die Aussicht des parlamentarischen Systems für immer verschließen könnten. Er will an dem unvollendeten Werke des Staats und Reichsbauers nicht mehr dienend und bestimmend, wie es sein Recht ist, mitarbeiten, bevor es ihm nicht gelungen ist, die Bestimmung über die Richtung des Werkes in die alleinige Hand der Wähler und der gewählten Volksvertreter und der die Wähler frei bearbeitenden Agitationstechniker zu bringen. Das aber ist die Republik, mit welchen Namen und Symbolen die Sache auch verhüllt werden möge. Unfre Geschichte hat uns eine Verfassungsbildung als höchst ungleich-

artig zusammengesetztes Bundesreich auferlegt und uns einen unfertigen, nach den verschiedensten Richtungen theils freiwillig, theils unfreiwillig auseinandergehenden Nationalcharakter hinterlassen. Die Fortbildung unsrer Einheit, das heißt der Bestand unsrer politischen Nationalität, beruht auf der hegemonischen Monarchie. Unsrer Verfassung kann nur bezwecken, der Monarchie die mitwirkenden Kräfte aus der Nation zur Seite zu stellen, sie kann auf lange, lange nicht daran denken, den zusammenhaltenden Kern aus der zum Ornament gewordenen Monarchie in irgend einen Volkskreis, der seinerseits eine regierende Körperschaft entsendet, zu verlegen. Wenn nun der Liberalismus diese Thatsache verkennt, wenn er die regierende Körperschaft fordert unter Aufstellung der Fiction, der Liberalismus werde nach Einsetzung dieser Körperschaft sofort vollbringen, was ihm bisher noch nie gelungen, nämlich die ganze auseinanderstrebende Nation zu seinen Principien und Dogmen zu befehlen, so muß jene Frage aufgeworfen und endlich definitiv beantwortet werden. Die Einsicht muß endlich Gemeingut der Gebildeten werden, warum der englische oligarchische Parlamentarismus auf Deutschland nicht übertragbar ist, warum der bloße Versuch dazu das kaum errungene Gut der Nationalität unwiderbringlich zerstören, uns als Volk auf immer zerreißen und zertheilt der Hegemonie des Auslandes überliefern müßte.

Aber mit merkwürdiger Lebendigkeit erhebt sich der deutsche Volksinstinkt gegen den Liberalismus, der, eigensinnig auf einer mangelhaften Tradition beharrend, den großen Moment der Geschichte verkennt, den unsre Tage bilden. Der Volksinstinkt ahnt, daß der Liberalismus uns nicht nur den Erwerb der jüngsten großen Vergangenheit gefährdet, sondern auch sich abwendet von den Forderungen der Zukunft, welche diesen Erwerb erst festigen können: von der Eigenständigkeit des Reiches durch ausreichende, dem Reiche gehörige Finanzquellen, von der moralischen Eroberung aller Klassen für das Reich und von ihrer Versöhnung unter einander, von der Sicherung und angemessenen Vertheilung des gesammten Volkswohlstandes. Der Liberalismus glaubt diese Aufgaben nach wie vor dem Laisser aller zuweisen zu können, während der Instinkt des Volkes begreift, daß alle sociale und politische Harmonie ein Kunstwerk, aber nicht ein Naturproduct ist, und daß das natürliche Wachsthum im besten Falle das Chaos des Urwaldes hervorbringt, wenn nämlich niemand dieses Wachsthum stört. So wendet sich der Volksinstinkt anscheinend der Führung einer Partei zu, welche für seine heißesten Wünsche lange Zeit nur Spott gehabt, welche bei dem Werke der nationalen Wiedergeburt abseits gestanden hat. Aber diese Partei tritt jetzt ein für die Monarchie, was sie immer gethan hat, für die Pläne des Kanzlers, die mit den alten Voraussetzungen der Partei unvereinbar sind, für den Staatsmann selbst, den sie oft für einen Abtrünnigen erklärt hat. Die Partei hat sich damit reformirt und muß sich nothwendig auf dem einmal betretenen Wege noch weiter reformiren. Darum folgt ihr das Volk in immer größern Schaaren, mit immer größerer Ueberwindung alter Antipathien. Dies ist der Umschwung im deutschen Volke. So erklärt er sich.

